

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Migration

Hannover, den 13.09.2017

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/8224

Berichtersteller: Abg. Uwe Schwarz (SPD)
(Es ist ein mündlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Holger Ansmann
Vorsitzender

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/8224

Empfehlungen des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration

**Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes
zur Ausführung des Zwölften Buchs des
Sozialgesetzbuchs**

Artikel 1

Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 16. Dezember 2004 (Nds. GVBl. S. 644), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 272), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 6 Abs. 6 wird der folgende Absatz 7 eingefügt:

„(7) Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe nach den Absätzen 2 bis 5 umfasst jeweils auch die Zuständigkeit für den Abschluss und die Kündigung der Vereinbarungen nach § 75 Abs. 3 SGB XII.“

2. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Aufwendungen und Quotierung,
Verteilung der Erstattungen nach
§ 46 a SGB XII und § 136 SGB XII“.

- b) Dem Absatz 2 wird der folgende Satz 3 angefügt:

(nachrichtlich der geltende § 12 Abs. 2 Satz 2:)

²Zu den abzuziehenden Einnahmen gehören auch die Einnahmen nach § 14 b.

³Die Erstattungen durch den Bund nach § 136 Abs. 1 SGB XII sind als Einnahmen für die Aufgabenwahrnehmung in eigener sachlicher Zuständigkeit des jeweiligen örtlichen Trägers der Sozialhilfe sowie für die Aufgabenwahrnehmung in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe von den Aufwendungen abzuziehen.“

**Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes
zur Ausführung des Zwölften Buchs des
Sozialgesetzbuchs**

Artikel 1

Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 16. Dezember 2004 (Nds. GVBl. S. 644), zuletzt geändert durch _____ Gesetz_ vom 14. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 272), wird wie folgt geändert:

1. **Dem § 6 ____** wird der folgende Absatz 7 angefügt:

„(7) *unverändert*“

2. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) *unverändert*

- b) Absatz 2 **Satz 2** erhält folgende Fassung:

„²**Zu den abzuziehenden Einnahmen gehören auch die Einnahmen**

1. **des jeweiligen örtlichen Trägers der Sozialhilfe aus der Beteiligung des Landes nach § 14 b sowie**
2. **der örtlichen Träger und des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe aus der Erstattung des Bundes nach § 136 Abs. 1 SGB XII, die nach Absatz 5 auf die jeweiligen örtlichen Träger der Sozialhilfe und auf den überörtlichen Träger der Sozialhilfe entsprechend den jeweils in eigener sachlicher Zuständigkeit erbrachten Leistungen verteilt wird.“**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/8224

Empfehlungen des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration

- c) Es werden die folgenden neuen Absätze 5 bis 6 eingefügt:

„(5) ¹Von den Erstattungen durch den Bund nach § 136 Abs. 1 SGB XII verteilt das Land auf jeden örtlichen Träger der Sozialhilfe einen Betrag, der dem für die Aufgabenwahrnehmung in eigener sachlicher Zuständigkeit und für die Aufgabenwahrnehmung in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe jeweiligen prozentualen Anteil der jährlichen Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs in Werkstätten für Menschen mit Behinderung im Verhältnis zu den jährlichen Gesamtbruttoausgaben für Leistungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung entspricht.

²Zur Ermittlung der prozentualen Anteile zur Verteilung der Bundeserstattung nach § 136 Abs. 1 SGB XII sind zugrunde zu legen

1. für die Bundeserstattung des Meldezeitraums vom 1. Januar bis 30. Juni 2017 die Bruttogesamtauszahlungen 2016 für Leistungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ausschließlich nach dem Sechsten Kapitel SGB XII,

- c) Es werden die folgenden neuen Absätze 5 bis 7 eingefügt:

„(5) ¹Von den Erstattungen durch den Bund nach § 136 Abs. 1 SGB XII verteilt das Land auf jeden örtlichen Träger der Sozialhilfe **jeweils**

1. einen Betrag _____ für die _____ in eigener sachlicher Zuständigkeit und
2. **einen Betrag** für die _____ in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe

erbrachten Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. ¹¹**Die Beträge werden nach den** jeweiligen prozentualen Anteilen

1. **der jährlichen Bruttoausgaben des örtlichen Trägers (Satz 1 Nr. 1) sowie**
2. **der jährlichen Bruttoausgaben des vom örtlichen Träger für den überörtlichen Träger der Sozialhilfe erbrachten Leistungen (Satz 1 Nr. 2)**

an den jährlichen Bruttoausgaben aller Träger der Sozialhilfe errechnet.

²**Der** Ermittlung der prozentualen Anteile zur Verteilung der Bundeserstattung nach § 136 Abs. 1 SGB XII sind **jeweils die** ausschließlich nach dem Sechsten Kapitel **des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs erbrachten Bruttogesamtauszahlungen** für Leistungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung zugrunde zu legen, **und zwar**

1. **bei der Bundeserstattung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2017 die Bruttogesamtauszahlungen 2016,**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/8224

Empfehlungen des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration

2. für die Bundeserstattung des Meldezeitraums vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018 die Bruttogesamtauszahlungen 2017 für Leistungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ausschließlich nach dem Sechsten Kapitel SGB XII,
3. für die Bundeserstattung der Meldezeiträume vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 und vom 1. Juli 2019 bis 31. Dezember 2019 die Bruttogesamtauszahlungen 2018 für Leistungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ausschließlich nach dem Sechsten Kapitel SGB XII.

³Die Festsetzung der Anteile nach Satz 2 erfolgt auf der Grundlage der jeweiligen jährlichen Mitteilung nach § 13 Abs. 2.

(6) ¹Die örtlichen Träger der Sozialhilfe teilen dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie die Zahl der Leistungsberechtigten nach § 136 Abs. 1 SGB XII je Kalendermonat mit, die in einem Kalendermonat für mindestens 15 Kalendertage einen Barbetrag nach § 27 b Abs. 2 SGB XII erhalten haben. ²Die Mitteilung der Leistungsberechtigten nach Satz 1 erfolgt monatlich getrennt nach der Anzahl der Leistungsberechtigten in sachlicher Zuständigkeit des jeweiligen örtlichen Trägers der Sozialhilfe und des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe. ³Die Meldungen nach Satz 1 erfolgen

1. bis zum 4. August 2017 für den Meldezeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2017,
2. bis zum 3. August 2018 für den Meldezeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018,
3. bis zum 2. August 2019 für den Meldezeitraum vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 und
4. bis zum 7. Februar 2020 für den Meldezeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2019.“

2. **bei der Bundeserstattung für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018 die Bruttogesamtauszahlungen 2017,**

3. **bei der Bundeserstattung für die Zeiträume vom 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 und vom 1. Juli 2019 bis 31. Dezember 2019 die Bruttogesamtauszahlungen 2018.**

³Die Festsetzung der Anteile nach Satz 2 erfolgt auf der Grundlage der jeweiligen jährlichen Mitteilung nach § 13 Abs. 2.

(6) ¹Die örtlichen Träger der Sozialhilfe teilen dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie **jeweils** die Zahl der Leistungsberechtigten nach § 136 Abs. 1 SGB XII je Kalendermonat mit, die in einem Kalendermonat für mindestens 15 Kalendertage einen Barbetrag nach § 27 b Abs. 2 SGB XII erhalten haben. ²Die Mitteilung der Leistungsberechtigten nach Satz 1 erfolgt **jeweils** getrennt nach _____ der sachlichen Zuständigkeit des ____ örtlichen Trägers der Sozialhilfe und des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe. ³Die Meldungen nach Satz 1 erfolgen

1. bis zum 4. August 2017 für **das erste Halbjahr 2017,**
2. bis zum **10.** August 2018 für **das zweite Halbjahr 2017 und das erste Halbjahr 2018,**
3. bis zum **9.** August 2019 für **das zweite Halbjahr 2018 und das erste Halbjahr 2019 und**
4. bis zum **14.** Februar 2020 für **das zweite Halbjahr 2019.**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/8224

Empfehlungen des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration

- d) Nach Absatz 6 wird der folgende Absatz 7 eingefügt:

„(7) ¹Das Land zahlt den Erstattungsbeitrag nach Absatz 5 für die Meldezeiträume nach Absatz 6 Satz 3

- Nr. 1 bis zum 1. Dezember 2017,
- Nr. 2 bis zum 30. November 2018,
- Nr. 3 bis zum 29. November 2019 und
- Nr. 4 bis zum 1. Juni 2020.

²Soweit die Meldungen der örtlichen Träger grob fahrlässig nicht den Erfordernissen des § 12 Abs. 6 Satz 1 entsprechen oder grob fahrlässig nicht fristgerecht innerhalb der in § 12 Abs. 6 Satz 3 genannten Meldezeiträume erfolgt sind, hat der örtliche Träger dem Land die hierdurch entstehenden Einnahmeausfälle zu ersetzen.“

- e) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden Absätze 8 und 9.
- f) Im neuen Absatz 9 Satz 1 werden hinter den Worten „des Absatzes 4 Satz 1“ die Worte „des Absatzes 5“ eingefügt.

3. In § 13 Abs. 3 wird die Verweisung „§ 12 Abs. 5“ durch die Verweisung „§ 12 Abs. 8“ ersetzt.
4. In § 14 a Abs. 4 wird der Satz 5 gestrichen.
5. Die Anlage (zu § 14 a Abs. 4 Satz 5) wird gestrichen.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nr. 1 mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

(7) ¹Das Land zahlt den Erstattungsbeitrag nach Absatz 5 für _____

- **das erste Halbjahr 2017** bis zum 1. Dezember 2017,
- **das zweite Halbjahr 2017 und das erste Halbjahr 2018** bis zum 30. November 2018,
- **das zweite Halbjahr 2018 und das erste Halbjahr 2019** bis zum 29. November 2019 und
- **das zweite Halbjahr 2019** bis zum 1. Juni 2020.

²Soweit die Meldungen der örtlichen Träger grob fahrlässig nicht den Erfordernissen des _____ Absatzes 6 Satz 1 entsprechen oder grob fahrlässig nicht fristgerecht innerhalb der in _____ Absatz 6 Satz 3 genannten Meldezeiträume erfolgt sind, hat der örtliche Träger dem Land die hierdurch entstehenden Einnahmeausfälle zu ersetzen.“

- d) *unverändert*

- e) Im neuen Absatz 9 Satz 1 werden **nach** den Worten „des Absatzes 4 Satz 1“ **ein Komma und** die Worte „des Absatzes 5“ eingefügt.

3. *unverändert*

4. _____ § 14 a Abs. 4 _____ Satz 5 wird gestrichen.

5. *unverändert*

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt _____ mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft.

- (2) *unverändert*